

blickpunkt

Zeitung der DKP für Mörfelden-Walldorf



In dreihundert Metern Höhe über die Dächer

Viele wissen nicht, wie sehr die Bürgerinnen und Bürger, vor allem im Westen Mörfeldens, unter dem Fluglärm zu leiden haben.

Man muß sich die Zahlen ansehen: Am 26. 4. 98 flog eine startende Maschine 600 m über die Häuser, am 27. 5. 98 waren es nur 300 m, am 30. 5. 98 wurden 530 m „über Grund“ gemessen. Schlimm sind solche Flüge in der Nacht. Gab es vor 8 Jahren noch 40 Nachtflüge sind es heute 104 - und leise sind sie auch nicht.

In einer Nacht an der Meßstelle Schlichter gemessen: um 3.23 Uhr 87,6 Dezibel, um 5.02 Uhr 84,0 Dezibel, um 5.23 75 Dezibel. Es gibt viele solcher Nächte. In Mörfelden-West hat sich der „Äquivalente Dauerschallpegel“ von 1980 (56 db(A) auf 1997 (58 dp(A) erhöht - das entspricht einer Verdoppelung des Fluglärms.

Der „Verein Demokratischer Ärztinnen und Ärzte“ beschreibt die Lärmfolgen nüchtern: „Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Herzkranzgefäßverengungen, Veränderungen des Immunsystems“. (Wir dokumentieren die Erklärung ab Seite 2).

Es ist festzustellen, daß die Lebensqualität in der vom Lärm besonders betroffenen Flughafenregion abnimmt. Viele Menschen reagieren, indem sie die Flughafennähe verlassen.

Beispiel: Tübinger Straße in Mörfelden. Von 16 Häusern haben in den letzten Jahren 5 den Besitzer gewechselt, bei Mehrfamilienhäusern ist ein überdurchschnittlicher Mieterwechsel zu verzeichnen. Manche sagen: „Ich bin wegen der Familie hier gebunden, wenn ich wegziehen könnte, würde ich es tun.“ Ein Ausweg ist das nicht. Man muß sich wehren!
Rudi Hechler

Alle acht bis neun Tage eine Notlandung

„Notlandungen beschäftigen die Feuerwehr am Flughafen im Schnitt alle acht bis neun Tage“, so der Chef der Flughafenfeuerwehr Karl-Christian Hahn in der „Frankfurter Rundschau“ am 3. September 1998.

Solche Aussagen sollten das Umland nachdenklich machen.

Natürlich kann sich jeder vorstellen, daß bei einem solchen großen Flughafen viel passieren kann. Durch fortgeschrittene Technik, das Können der Piloten und Fluglotsen und viel Glück wurde erreicht, daß es über viele Jahre zu keiner Katastrophe am Flughafen Rhein-Main gekommen ist.

Aber da kommt es immer mal wieder zu Zwischenfällen, wie am 2. September 1998: Um 6.28 Uhr startet die McDonnell Douglas 83, ein Reifen platzt, Gummifetzen werden in eines der beiden Tiebwerke geschleudert. Die Maschine kreiste tief (auch über unserer Stadt) und mußte um 7.12 Uhr notlanden. „Der Pilot war Spitze“ lobte der Feuerwehrchef.

Am Flughafen waren danach eine Menge Daten nicht erhältlich. Es gab keine Auskunft über die Flughöhe im Westen Mörfeldens, die Höhe des Lärms an der Meßstelle Schlichter, die Kerosinmenge bei der Landung. (Die Fraktion der DKP/Offene Liste will diese Einzelheiten wissen und hat deshalb eine Anfrage im Parlament gestellt.) Niemand will Ängste schüren, Flugzeuge sind ein relativ sicheres Verkehrsmittel, aber es gibt halt bei uns immer mehr Flugzeuge. Also scheint uns notwendig, die Frage zu stellen: Wie sieht es denn aus mit der Sicherheit, wenn es wie geplant, demnächst über 500.000 Flugbewegungen geben soll?

Vollgetankte, startende Flugzeuge können bei einem Absturz ganze Stadtteile auslöschten, das weiß man mittlerweile. Es wäre gut, wenn sich mehr Menschen, die sorgenvoll zu den Maschinen hochsehen, sagen würden, jetzt reicht es mit der Flughafenerweiterung!

Gesundheitliche Folgen des Flugverkehrs im Rhein-Main-Ballungszentrum

Im Zusammenhang mit der Diskussion um die Erweiterung des Rhein-Main-Flughafens durch Bau einer zusätzlichen dritten Landebahn mit zu erwartenden 120.000 zusätzlichen Starts und Landungen entsteht in der Öffentlichkeit der Eindruck, den berechtigten wirtschaftlichen Interessen der Flughafen-Betreiber stünden die kleinlichen Sorgen um Ruhestörung oder um sinkende Immobilienpreise gegenüber. Tatsächlich geht es um konkrete medizinische Folgeschäden.

Die arbeits- und umweltmedizinische Literatur mit einer Fülle von toxikologischen und epidemiologischen Untersuchungen hat die Auswirkungen chronischer Lärmeinwirkung sowie die Folgen der Kerosinverbrennung untersucht.

Die chronische Einwirkung einer Geräuschquelle von mehr als 60 db(A) Dauerschallpegel, entsprechend dem Lärmpegel unter der Einfugschneise, führt zu keinen meßbaren Auswirkungen auf das Gehör. Im übrigen Organismus sind allerdings zahlreiche Reaktionen und Veränderungen nachweisbar. Sie alle sind unter dem Oberbegriff Lärmstreß zu verstehen. Der menschliche Organismus reagiert auf eine Lärmquelle in der oben genannten Stärke und Dauer durch Fluchtreaktion oder Gegenwehr. Da beide Verhaltensmuster nicht realisiert werden können, kommt es zur bewußten oder unbewußten mentalen Unterdrückung, ohne daß allerdings die körperlich faßbaren Reaktionen mit unterdrückt werden könnten. Diese bestehen in einem meßbaren und signifikanten Blutdruckanstieg, der sich über Jahre stabilisiert und dann auch ohne Lärmstreß nicht mehr reversibel ist. Es kommt zu einer vermehrten Ausschüttung von Streßhormonen wie Nebennierenrinden- und -markhormo-

nen (Cortisol und Adrenalin), sowie zu einer Erhöhung des Cholesterinspiegels im Blutserum. Die Kombination dieser Streßrelationen führt in einem signifikanten Ausmaße zu Herz-Kreislauf-Erkrankungen und in erster Linie zu Herzkranzgefäßverengungen. Neben diesen Effekten sind Veränderungen des Immunsystems festgestellt worden. Es zeigte sich, daß Immunoglobulinfraktionen in dem Sinne Veränderungen erfahren, daß die Immunabwehr herabgesetzt wird und somit die Neigung zu Infekten steigt.

Neben diesen eher körperlichen Veränderungen sind in der wissenschaftlichen Literatur psychosoziale beschrieben worden. So zeigten vergleichende Untersuchungen von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Lärmstreß ein deutlich abweichendes Verhalten. Kinder unter Lärmstreß konnten sich schlechter konzentrieren, waren körperlich unruhiger, aggressiver, sahen ihre Situation weniger positiv.

Neben den Auswirkungen chronischer Lärmexposition sind die der vermehrten Schadstoffbelastung durch Kerosinverbrennung mit der Entstehung von unverbrannten Kohlenwasserstoffen, Schwefeldioxid, Ruß etc. umfassend und bestens untersucht. Eine Zunahme von Krebserkrankungen durch Kohlenwasserstoffe und Ruß ist nachgewiesen. Vergleichende Untersuchungen von Kindern in Reinluft bzw. hochbelasteten Gebieten in innerstädtischen Ballungsräumen zeigten eine signifikante Zunahme von Lymphknotenschwellungen, einer Vermehrung von Entzündungszellen im Blut, einer vermehrten Schwellung von Rachen- und Gaumenmandeln und andere pathologische Veränderungen im Vergleich zu den Kindern in Reinluftgebieten.

Die hier aufgeführten gesundheitlichen Auswirkungen sind für bestimmte Bevölkerungsgruppen besonders bedrohlich. Kleinkinder, Schwangere, chronisch Kranke, sowie hochbetagte



Ein Foto vom Sommerfest der DKP in Mörfelden



Menschen haben mit stärkeren Auswirkungen auf ihre Gesundheit zu rechnen, als die übrigen Bevölkerungsgruppen.

Die mit der Ausweitung des Luftverkehrs unwidersprochen steigende Lärm- und Schadstoffbelastung von Hunderttausenden von Menschen im Rhein-Main-Ballungszentrum im Falle des Baus einer zusätzlichen Landebahn wird nachteilige Auswirkungen auf die Erkrankungswahrscheinlichkeit (Morbidität), die Sterblichkeitswahrscheinlichkeit bzw. die Lebenserwartung (Mortalität), aber auch auf die Lebensqualität in gesundheitlicher Sicht im allgemeinen haben. Die Chancen der unter diesen Bedingungen aufwachsenden Kinder und Jugendlichen für eine gesunde geistige und körperliche Entwicklung werden sinken.

Der wachsende Flugverkehr wird zwangsläufig eine Zunahme des Personen- und Güterverkehrs in diesem Ballungszentrum nach sich ziehen und damit zusätzlich die Lärm- und Schadstoffbelastung in die Höhe treiben.

Es bedarf keiner neuen toxikologischen oder epidemiologischen Untersuchungen, die vorhandenen Daten sind ausreichend beweiskräftig. Sie sind so eindeutig, daß aus Sicht gesundheitlicher Vorsorge sofortiges Handeln angezeigt ist.

Es kann nicht darum gehen, die Lärm- und Schadstoffbelastung weiter zu erhöhen, es muß vielmehr mit der Verminderung begonnen werden. Der Rhein-Main-Flughafen liegt mitten in einem Ballungszentrum. Wenn es allgemeiner gesellschaftlicher Konsens ist, daß Politik und wirtschaftliches Wachstum dem Menschen zu dienen haben und nicht umgekehrt, dann muß gesundheitliche Vorsorge Vorrang vor dem Expansionsdrang eines bestimmten Industrie- und Dienstleistungsbereichs haben.

Dr. med. Winfried Beck,
Vorsitzender des Vereins
Demokratischer Ärztinnen und Ärzte,
Mitglied im Ausschuß für Umwelt und
Medizin der Landesärztekammer
Hessen

„Der Flughafen hat eine Bedeutung für ganz Deutschland. Aber es gibt einen kleinen Kreis von Menschen, denen wir klarmachen sollten oder klarmachen müßten, was sie darunter zu leiden haben, daß es für das Ganze ist. Aber das ist eine sehr schwierige Situation. Wäre es anders, bräuchten wir kein Mediationsverfahren, dann könnten wir entscheiden.“

Staatssekretär Hans-Joachim Suchan, Leiter der Hessischen Staatskanzlei, in der ARD-Sendung „Report“ am 10. 8. 1998

Zynischer geht es nicht mehr! Wir sollen also begreifen, das wir „für das Ganze“ leiden sollen. Wir wissen noch nicht wo Herr Suchan (SPD) wohnt. Wenn er, wie vorgesehen, jetzt die Treppe hinauffällt und zum ZDF geht, wird er wohl noch mehr über dem Ganzen stehen.

Ärgerlich, daß es immer noch Leute gibt, die möglicherweise aus Loyalität zu Eichel und der Landes-SPD, der Mediation die Stange halten. Jeder, der halbwegs politisch denken kann, spürt um was es dabei geht: Man will die Flughafen-Ausbaueegner schwächen und das Thema über den Landtagswahltermin hinaus verschieben.

Nachdenken über Sicherheit

Nach der jüngsten Flugzeugkatastrophe in Halifax gibt es mehr Leute, die über die wachsende Zahl der Starts und Landungen auf dem Frankfurter Flughafen nachdenken. Zu recht. Man weiß, gerade beim Start und bei der Landung gibt es kritische Flugphasen.

Von je 100 Unglücken ereignen sich bei:

Landung	26
Landeanflug	23
Start	12
Nach dem Abheben	9
Sinkflug	8
Anfangsanflug	7
Steigflug	6
Reiseflug	6
Beladen u.ä.	3

Jeder kann sehen, wo es am gefährlichsten ist.

Für die Piloten gibt es in unserem Raum vor allem Probleme mit den Kleinflugzeugen.

Trotzdem will man Egelsbach ausbauen, um Kleinverkehr vom Frankfurter Flughafen abzuziehen und dort Platz für größeres Gerät zu schaffen.

Seit Jahren wird auf dem Frankfurter Flughafen beobachtet, daß man die Flieger starten läßt, obwohl eine Gewitterfront aufzieht.

Man weist den Piloten auch keine andere Bahn zu, die in ruhiges Wetter führen würde. Der Grund, der Flughafen will seine Kapazität voll ausschöpfen. Das Ergebnis, die Piloten müssen die schwarzen Wolken umfliegen und kommen dabei oft mitten über bewohnte Gebiete.

Radwege - Brief an Brehl

Die DKP/OL-Stadtverordnetenfraktion übereichte Bürgermeister Brehl einen Brief mit Unterschriften.

Hier heißt es:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hiermit überreichen wir Ihnen über 100 Unterschriften, die unser langjähriges Fraktionsmitglied Heinz Hechler mit einigen Fahrradfreunden in kurzer Zeit gesammelt hat. Unterschrieben wurde folgender Wortlaut:

„Wir dachten, Mörfelden-Walldorf würde einmal eine fahrradfreundliche Stadt werden. Es wurde viel darüber geschrieben und gute Beschlüsse wurden gefaßt. Viel Zeit ist inzwischen vergangen, aber geschehen ist noch nichts. Wir meinen, das sollte sich trotz Finanznot ändern lassen.

Wir fordern den Magistrat und die Verwaltung unserer Stadt auf, endlich auf diesem Gebiet tätig zu werden. Folgende Sofortmaßnahmen sollten kurzfristig zu realisieren sein:

- **Beginn der Umsetzung des bereits 1996 diskutierten Radwegkonzeptes.**
- **Beschilderung der überörtlichen Radwege.**
- **Aufstellen von neuzeitlichen Fahrradständern an Rathäusern, Bahnhöfen, Bürgerhaus u.s.w.“**
- **Randsteinabsenkungen an von Radfahrern benutzten Wegen, Straßen und Übergängen.“**



Wochenzeitung der DKP

**Probeexemplare bei der
„blickpunkt“-Redaktion**

Bei der Unterschriftensammlung wurden viele Gespräche geführt. Dabei wurden immer wieder nachfolgende Themen angesprochen: „Wenn man den innerstädtischen Autoverkehr zurückdrängen will, muß man das Radfahren sicher machen“. „Ältere Bürgerinnen und Bürger und Kinder müssen geschützte Wege vorfinden“. „Man muß mit dem Rad sicher einkaufen können, vor allem, wenn Aldi demnächst außerhalb liegt“. „Der Radweg von Mörfelden-Nord zum Friedhof ist sehr unsicher.“ „Die Umsetzung von Plänen zieht sich zu lange hin.“

Wir sind sicher, daß Ihnen diese Wünsche und Forderungen der Bürgerinnen und Bürger bekannt sind. Wir hoffen, daß Sie sich hierzu öffentlich äußern und möglichst genau benennen, wann welche Pläne umgesetzt werden.

(Die DKP/OL-Fraktion hat Stadtverordnetenvorsteher Kurt Oeser gebeten, das Thema Radwege auf die Tagesordnung der Bürgerversammlung am 24. September 1998 zu setzen.

Es wäre gut, wenn interessierte Bürgerinnen und Bürger auf dieser Bürgerversammlung dazu ihre Meinung sagen würden.)

**Der „blickpunkt“
freut sich immer auf
Leserbriefe**

Müllentsorgung - alle Fragen offen?

Hochkarätig besetzt war das Podium beim „Symposium“ zur Zukunft der Abfallentsorgung im Kreis Groß-Gerau. Weit über 100 Vertreter aus dem Kreistag und den Städten und Gemeinden waren gekommen, um Fragen zu stellen und zu hören, was es in Sachen Beitritt zum „Zweckverband Abfallverwertung Südhessen“ Neues gibt. Am Ende konnten weder die Verfechter des ZAS, noch die Wortführer der Privatisierung der Müllentsorgung in unserem Kreis überzeugen. Die Zahlen, die auf den Tisch kamen, waren wenig aussagefähig. Weder die Befürworter des ZAS konnten garantieren, daß es mit der stattlichen Anhebung der Ent-

sorgungskosten von 250.- auf 430.- DM/t auf längere Sicht getan ist, noch konnten private Anbieter konkret belegen, daß sie es dauerhaft billiger machen können.

Deutlich wurde allerdings, daß der Kreis nach Lage der Dinge um die Müllverbrennung nicht herumkommt. So unterstrich der Vertreter des Umweltministeriums, daß alles dafür spricht, daß es bei der Gesetzeslage bleibt, die die Weichen in Richtung Verbrennung des Mülls vor der Deponierung stellt. Ebenso machten die Vertreter des Regierungspräsidiums deutlich, daß es für den Kreis bzw. die Riedwerke keine Ausnahmegenehmigung mehr geben wird, Müll ohne vorherige Verbrennung - und zwar in Darmstadt - zu deponieren. Zeitweise hatte man den Eindruck, es sollte den versammelten gewählten Vertretern geradezu eingetrichtert werden, daß es keinerlei Entscheidungsspielraum für sie gibt, womit sich ganz sicher viele nicht abfinden wollen.

Allerdings zeichnet sich ab, daß die SPD-Mehrheit im Kreis und in der Verbandsversammlung der Riedwerke ihrem Landrat folgt, und im Oktober/November den Beitritt zum ZAS vollzieht. Anschließend ist zu erwarten, daß die Riedwerke private Anbieter stärker in den Betrieb der Deponie Büttelborn einbeziehen. Die Bürger dürfen auf jeden Fall bezahlen - so viel steht fest. Von den vielen kritischen Fragen, die das Symposium überhaupt erst ermöglichten, blieben an diesem Tag die meisten offen. Bleibt weiterhin daran zu arbeiten, daß vor Entscheidungen in den gewählten Gremien der Städte und Gemeinden, des Kreises und der Riedwerke noch einmal intensiv über für und wider und vor allem die Kosten beraten wird, und das offen und öffentlich.

Sonst steht Ärger ins Haus, wenn letztlich entschieden wird. Riedwerke und Kreis mußten bei der Veranstaltung jedenfalls einräumen, daß ihre bisherige Informationspolitik in Sachen ZAS nicht so gelungen war. gs

**Jede Mark hilft dem
»blickpunkt«!**

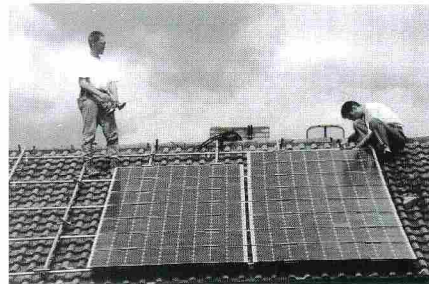
Unser Konto:
Kreissparkasse Groß-Gerau
Konto-Nr. 9003419,
BLZ 50852553

„blickpunkt“-Sommerfest



Die DKP Mörfelden-Walldorf feierte ihr jährliches Grillfest mitten in Mörfelden vor dem Heimatmuseum. Hunderte Bürgerinnen und Bürger saßen zusammen, bis am Abend der Regen einsetzte.

Es gab eine große Tombola, viele Infos von der DKP und der PDS, Tafeln informierten über die Flughafenenergiepläne, die Chile-Solidarität und die Bemühungen, die Baufirma Züblin zu Entschädigungen für Zwangsarbeiter zu zwingen. Dieses Fest gehört zu den großen Sommerfesten in Mörfelden



Weitere Solaranlage in Betrieb

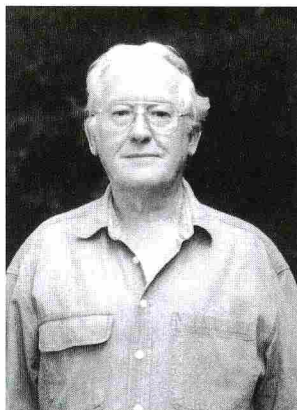
Seit Mitte August ist auf dem Hausdach des DKP/OL-Stadtrates R. Dötsch eine Solaranlage installiert. Somit ist die dritte Photovoltaikanlage in unserem Stadtgebiet in Betrieb. Angelpunkt ist noch immer eine Anschubfinanzierung für diese alternative Stromversorgung. Credo: Wenn es einen Markt gibt, eine Massenproduktion entsteht, sinkt der Anschaffungspreis der Anlagen, und somit könnten sie gegenüber herkömmlichen Energieträgern konkurrenzfähig sein. Etliche Stadtwerke praktizieren die Förderung dergestalt, daß sie für den Solarstrom einen höheren Preis zahlen, wie sonst üblich.

Es war ein langer Weg. Die DKP/OL-Fraktion stellte vor zwei Jahren im Stadtparlament einen Antrag, damit der Magistrat mit der HEAG Verhandlungen führt mit dem Ziel, eine sog. „kostendeckende Vergütung“ einzuführen. Gleiches Ansinnen hatte auch die „rot-grün“ regierte Stadt Darmstadt, die Hauptaktionär der HEAG ist. In langen und zähen Verhandlungen wurde vereinbart, daß pro kW Solarstrom, der ins öffentliche Netz eingespeist wird, 1,28 DM gezahlt werden, außerdem bezuschußt das Land Hessen die alternative Stromerzeugung mit 30% der Investitionskosten. Die HEAG ist nunmehr der erste regionale Stromversorger, der eine derartige Regelung vertraglich einführt.

Interessenten können mit Informationen und Hilfe des städt. Energiebeauftragten, Herrn Fröb, rechnen, der im Rathaus Mörfelden zu erreichen ist.

Die 3,1 kW-Anlage erzeugt pro Jahr ca. 2400-2800 kW. Der Verbrauch des "Kraftwerkbesitzers" liegt bei 2100 kW jährlich.

Rudi Hechler Direktkandidat der PDS im Wahlkreis 141 Groß-Gerau



Warum brauchen wir die PDS im Bundestag?

Die Zeichen für einen Regierungswechsel und die Ablösung der 16jährigen Kanzlerschaft Helmut Kohls stehen nicht schlecht. Damit würde nach Großbritannien und Frankreich auch in diesem Land die konservativ-neoliberale Vorherrschaft beendet werden.

Aber ein Regierungswechsel bedeutet noch keinen Politikwechsel. Längst hat der neoliberale Zeitgeist auch SPD und Grüne erfaßt, die allenfalls bereit sein werden, wenige soziale und ökologische Korrekturen an der Kohlschen Politik vorzunehmen. Dafür steht der Kanzlerkandidat der SPD, Gerhard Schröder.

Die eigentliche politische Auseinandersetzung findet daher zwischen den Konservativ-Liberalen und der PDS statt. Nur die PDS fordert einen grundlegenden Politikwechsel ein.

- Die PDS hat ein modernes Konzept zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit vorgelegt, das eine aktive Arbeitsmarktpolitik mit der Schaffung eines dritten, staat-

lich geförderten Beschäftigungssektors mit einer gerechteren Verteilung der vorhandenen Erwerbsarbeit verbindet.

- Die PDS ist die einzige Partei, die konsequent die gerechte Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums fordert. Denn wer Armut bekämpfen will, muß Reichtum begrenzen. Das bedeutet, daß die unteren und mittleren Einkommen steuerlich entlastet werden, auch um die Binnenkaufkraft zu stärken und dadurch binnenmarktabhängige Arbeitsplätze zu sichern bzw. neue zu schaffen.
- Die PDS will, daß der vorhandene Reichtum so besteuert wird, daß eine spekulative Verwendung von Kapital unterbunden wird.

Die Bürgerinnen und Bürger können sich in einem absolut sicheren Fall Helmut Kohl, sondern sorgt dafür, daß eine mögliche sozialdemokratische Bundesregierung nicht nur von rechts, sondern auch von links, und das heißt sozial, unter Druck steht.

Die SPD braucht linke Korsettstangen

Natürlich würde ich einen Wähler, der zwischen CDU und SPD schwankt, auch ermutigen, lieber SPD zu wählen. Wer zwischen SPD und PDS entscheiden will, sollte erstens wissen, daß die SPD in der Vergangenheit entscheidende negative Weichenstellungen der CDU/CSU und FDP unterstützt hat (sowohl im Sozial- und Rechtsabbau und in der Militarisierung der Außenpolitik, als auch gegenüber den Ostdeutschen). Zweitens: Im 100-Tage-Papier Schröders wurden zwar einige wichtige soziale Forderungen der Gewerkschaften und der Linken aufgegriffen, doch sollte niemand Illusionen nachhängen: Nicht nur Stollmann, sondern auch Schröder und die ganze SPD haben vielfach unmißverständlich deutlich gemacht, daß sie keine wirklichen Alternativen wollen bzw. für möglich halten. Drittens: Wer SPD wählt, läuft nicht nur Gefahr, CDU-Politik, sondern sogar Fortsetzung von CDU-Regierung zu wählen. Darauf deutet nicht nur die penetrante Erörterung der großen Koalition durch Schröder hin.

Natürlich: Die SPD hat einen Vorteil, verglichen mit der CDU. Der besteht nicht in der etwas sozialeren Programmatik, nicht darin, daß Schröder etwas weniger vergreift wirkt, sondern darin, daß die SPD durch ihre Mitglieder, ihre politische Verankerung und ihre Geschichte offener ist für gewerkschaftlichen, sozialen und außerparlamentarischen Einfluß. Auf die SPD wird im Bundestag und in der Regierung also nur dann gehofft werden können, wenn die PDS gestärkt wird, wenn es Druck von links auf die SPD gibt. Die SPD braucht linke Korsettstangen!

Bei den Bundestagswahlen haben Sie zwei Stimmen. Die sogenannte Zweitstimme ist die wichtigste, denn sie entscheidet darüber, wieviel Sitze die einzelnen Parteien im Bundestag haben werden. Von diesen Stimmen hängt es ab, ob die PDS mit mehr als fünf Prozent wieder in den Bundestag einzieht und damit endlich alle rechtlichen Möglichkeiten einer Fraktion erhält. Mit der Erststimme wählen Sie Ihren Direktkandidaten und bestimmen mit, wer Ihren Wahlkreis im Bundestag vertreten wird.

Die Erststimme für Rudi Hechler, für den Wahlkreis Nr. 141 Groß-Gerau, für eine neue Politik. Die Zweitstimme für die PDS, für die einzige konsequente Opposition.

In unserer Stadt und in Bonn: Linke Opposition bleibt wichtig!

Angesichts fast ausweglos scheinender Massenarbeitslosigkeit und empörender Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben ist in der Bundesrepublik eine Wende nötig - als Chance für neue Vollbeschäftigung, für eine reiche und gerechte Gesellschaft, für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

Arbeitsplätze sind Lebensplätze

Arbeit ist nicht alles, aber Arbeitslosigkeit nimmt Menschen nicht nur ihr Einkommen, sondern zerstört auch soziale Beziehungen. Wenn immer weniger Menschen immer mehr arbeiten müssen und gleichzeitig Aufgaben der Gesellschaft nicht erledigt werden können, muß die vorhandene Arbeit anders verteilt und über gesellschaftlich notwendige Arbeit neu nachgedacht werden. Deshalb halten wir den Aufbau eines gemeinwirtschaftlichen Sektors, eines dritten Sektors, der wirtschaftlich arbeitet und dennoch nicht den Zwängen der Profitwirtschaft unterworfen ist, für eine erstrangige Aufgabe.

Ausbilden - nicht ausgrenzen

Wir wollen das Recht auf Ausbildung ins Grundgesetz schreiben. Voraus-

setzung ist eine solidarische Umlagefinanzierung für die Berufsausbildung, durch die Wirtschaft und Staat in gemeinsamer Verantwortung jeder und jedem Jugendlichen eine Lehrstelle garantieren. Wir fordern ein öffentlich finanziertes Sofortprogramm, um Arbeitsplätze nach der Ausbildung und für derzeit arbeitslose Jugendliche zu schaffen.

Soziale Sicherheit und Menschenwürde

Die Würde des Menschen ist unantastbar - im Grundgesetz Artikel 1, in der Realität auf die hinteren Plätze verbannt. Die von uns geforderte soziale Grundsicherung soll allen Menschen, die keinen existenzsichernden Arbeitsplatz haben, ein eigenständiges, menschenwürdiges Leben ermöglichen. Kinder dürfen kein Grund für Verarmung, Gesundheit darf keine Ware, Bildung kein Privileg sein.

Gleiche Lebenschancen für alle

Menschenrechte gelten für alle, oder sie gelten nicht. Deshalb wollen wir die Gleichberechtigung aller Menschen. Wir werden uns beispielsweise nicht damit abfinden, daß drei von vier Frauen nicht einmal über ein eigenes existenzsicherndes Einkommen verfügen.

Gemeinsam gegen Rassismus und Ausgrenzung

Arbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel sind der Nährboden, auf dem die rassistischen Parolen der Rechtsextremisten gedeihen. Daran knüpfen die Großparteien mit Kampagnen gegen „Asylmißbrauch“ und „Ausländerkriminalität“ an, um auf Kosten von Ausländern Stimmen zu gewinnen. Die PDS leistet Widerstand gegen diese Rechtsentwicklung und fordert die Wiederherstellung des Asylrechts für Menschen in Not; die Beseitigung der Diskriminie-

rung von Migrantinnen und Migranten sowie gleiche Rechte für alle Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben (Wahlrecht auf allen Ebenen, doppelte Staatsbürgerschaft, Rechtsanspruch auf Einbürgerung).

Reichtum ist teilbar

Wenn eine Minderheit immer reicher wird, während eine Mehrheit immer weniger hat und die Gesellschaft insgesamt verarmt, dann liegt es auf der Hand, daß es so nicht weitergehen kann. Reichtum ist teilbar - der gesellschaftliche ebenso wie der individuelle. Das ist der Grundgedanke unseres Steuerkonzepts.

Demokratisierung der Demokratie

Macht droht in Deutschland unkontrollierbar zu werden. Die PDS tritt für die Ausweitung politischer Entscheidungsmöglichkeiten und für stärkere Mitwirkungsrechte der Bürgerinnen und Bürger bei der Gestaltung ihrer Lebensbedingungen ein. Wir fordern mehr kommunale Selbstverwaltung, mehr Demokratie am Arbeitsplatz.

Soziale und ökologische Wende

Sie ist überlebensnotwendig, das bestreitet kaum noch jemand. Die PDS wird sich immer dafür einsetzen, daß ökologische Umgestaltungen keine sozialen Verschlechterungen bedeuten. Energie- und Verkehrswende sind für uns ökologische Schlüsselfragen der Gegenwart. Energieeinsparung muß umfassend gefordert, der Ausstieg aus der Kernenergie zügig begonnen werden. Notwendige Transporte sind auf Schiene und Wasser ökologisch vernünftig und zudem billiger. Attraktiver und bezahlbarer öffentlich Personenverkehr entlastet die Umwelt. Die Flughafenerweiterung in Frankfurt ist nicht zu verantworten.

Die PDS - der Druck von links

Ohne die PDS würde es im 14. Deutschen Bundestag keinen Druck von links mehr geben.

**Am 27. September ist
Bundestagswahl**

**Kohl muß
weg**

**eine andere Politik
muß her**

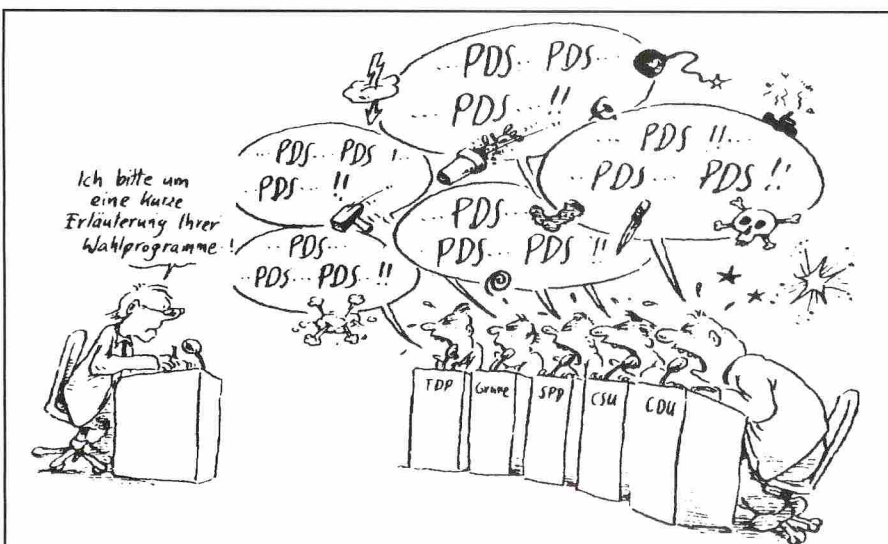
Stadtgeschichten



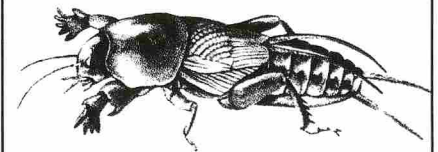
Vom 18. bis 21. Juli 1929 fand in Nürnberg das Arbeiter-Turn- und Sportfest statt. Auch die Walldorfer „Freien Turner“ entsandten eine starke Delegation. Sie waren sicherlich von ihren sportlichen Leistungen her prädestiniert, an solchen Bundesveranstaltungen teilzunehmen, hatten aber auch in ihrem Vorsitzenden Georg Wilker einen starken Fürsprecher für die Teilnahme und den Besuch solcher großen Sportereignisse. Wie aus der Vereinsgeschichte ersichtlich, fuhr 1931 sogar eine etwa 20 Personen umfassende Gruppe zur zweiten Arbeiter-Olympiade nach Wien. Das waren für alle Teilnehmer, Sportlerinnen und Sportler, unvergeßliche Erlebnisse.



Das in Nürnberg entstandene Foto zeigt, jeweils von links: Kniend Heinrich Gahn und Rudi Maroulli, sowie - hinter der Fahne - Abraham Wilker. Zweite Reihe: Marie Wilker, Georg Wilker, Lina Best, Adolf Wilker, Katharine Reviol, Philipp Cezanne, Anna Klein, Jakob Klein. Dritte Reihe: Abraham May, Adolf Cezanne, Luise May, Albert Reviol, Marie Klein, Adolf Klein. Obere Reihe, links: Daniel Cezanne.



Unser Lexikon



En Werr
Eine Maulwurfgrille